



N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

19. Wahlperiode - 19. Sitzung

am Mittwoch, dem 28. November, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Wolfgang Baasch (SPD)

Vorsitzender

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Tobias Loose (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

i. V. von Peter Lehnert (CDU)

Bernd Heinemann (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Rasmus Andresen

Jörg Hansen (FDP)

i. V. von Stephan Holowaty (FDP)

Volker Schnurrbusch (AfD)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Birte Pauls (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Auswertung der Regionalwahlen in Polen	4
	BE: Dr. Sven Tode, Mitglied der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg	
2.	Jubiläum der Partnerschaft zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und der Kaliningrader Gebietsduma im Jahr 2020	6
	Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/1602	
3.	Bericht der beobachtenden Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Sitzung des Nordischen Rates vom 29.10. bis 1.11.2018 in Oslo	7
	Antrag der Fraktion der der SPD Umdruck 19/1594	
4.	Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2017/2018	8
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/786	
5.	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit erhalten - deutsch-dänische Kooperation weiterentwickeln - europäischen Mehrwert bewahren	10
	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1008 Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1013	
6.	Bundesratsangelegenheiten	11
	hier: „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/84/EG, COM(2018) 639 final; Ratsdok. 12118/18“ Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/1601	
7.	Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Der Ausschuss behandelt zuerst Tagesordnungspunkt 4, dann Tagesordnungspunkt 6 und danach die übrigen Tagesordnungspunkte in der aufgeführten Reihenfolge.

1. Auswertung der Regionalwahlen in Polen

BE: Dr. Sven Tode, Mitglied der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg

Herr Dr. Tode, Mitglied der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, schickt voraus, der politische Dialog in Polen sei nicht in erster Linie durch Parteien geprägt, sondern stark durch die Zivilgesellschaft (zum Beispiel Bürgerbewegung „Razem“). Hinsichtlich der politischen Einstellung gebe es in Polen große Unterschiede zwischen Stadt und Land. Es sei ein unglaublich intensiver Wahlkampf mit sehr vielen Plakaten geführt worden. Die Wahlkampffinanzierung sei in Polen wenig transparent. Die Berichterstattung in den Medien, die staatlich kontrolliert würden, sei nicht immer neutral. Die Beteiligung an den Regionalwahlen sei mit 53 % hoch gewesen.

Die rechtsnationale Regierungspartei PiS habe 6 % dazugewonnen, komme landesweit auf 33 % der Stimmen und habe jetzt in neun von 16 Sejmiks die Mehrheit der Stimmen. Das linksliberale Oppositionsbündnis KO sei mit 27 % ungefähr gleich stark geblieben. Im Sejmik von Ermland-Masuren seien drei Parteien vertreten, die Bauernpartei stelle den Marschall. In Westpommern seien fünf Parteien vertreten, ein Sozialdemokrat sei Marschall. In Pommern seien drei Parteien vertreten, die KO habe über 40 % der Stimmen erhalten. In allen drei Wojewodschaften gelte bei den Wahlen eine 9-Prozent-Hürde, was dazu führe, dass sich bis zu einem Viertel der Wähler in den Volksvertretungen nicht wiederfinde.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Dr. Tode, „Razem“ sei eine national agierende Bürgerbewegung und kämpfe für die Einhaltung der Verfassung (Schwangerschaftsabbruch, Medienfreiheit, Unabhängigkeit der Justiz). Bei den Kommunalwahlen sei es angesichts der bevorstehenden Europa-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen um einen Machtkampf zwischen der Zentralregierung und den Regionalregierungen gegangen. PiS verfolge eine antieuropäische Politik. Die Unterschiede in der politischen Einstellung zwi-

schen Stadt und Land seien wesentlich durch das bestehende Bildungsgefälle, das Einkommensgefälle und die Religion begründet.

Der Europaausschuss bedankt sich bei Herrn Dr. Tode für seinen Bericht.

2. Jubiläum der Partnerschaft zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und der Kaliningrader Gebietsduma im Jahr 2020

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/1602](#)

Abg. Poersch regt an, zum Jubiläum der Partnerschaft mit der Kaliningrader Gebietsduma 2020 eine gemeinsame Sitzung des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags mit dem Ausschuss für internationale und interregionale Beziehungen, Sicherheit und öffentliche Ordnung der Kaliningrader Gebietsduma durchzuführen und das Memorandum über die regionale Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Kaliningrad „up-zudaten“.

Alle Fraktionen unterstützen den Vorschlag von Abg. Poersch.

3. Bericht der beobachtenden Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Sitzung des Nordischen Rates vom 29.10. bis 1.11.2018 in Oslo

Antrag der Fraktion der der SPD
[Umdruck 19/1594](#)

Abg. Waldinger-Thiering berichtet über die Sitzung des Nordischen Rats und die dort geführten Gespräche. Die gemeinsamen Herausforderungen seien unter anderem Migration, Fachkräftemangel, Klimawandel und Sicherheit. In der Arbeitsgruppe zur Überwindung der Grenzen gehe es darum, die Mobilität des Arbeitsmarkts zu erhöhen sowie Bildungs- und Berufsabschlüsse gegenseitig anzuerkennen. Auch Weißrussland strebe den Beobachterstatus an. Die nächste Tagung finde vom 29. Oktober bis 1. November 2019 in Island statt.

Abg. Voß thematisiert die Zusammenarbeit mit Russland.

Abg. Pauls kritisiert, dass Abg. Richert an der Tagung nicht teilgenommen und auch keinen Vertreter entsandt habe.

Der Europaausschuss ist sich einig, dass der Landtag die ihm eingeräumte Möglichkeit, mit zwei Beobachtern an den Sitzungen des Nordischen Rats vertreten zu sein, wahrnehmen soll.

4. Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2017/2018

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/786](#)

(überwiesen am 7. September 2018 zur abschließenden Beratung)

Europaministerin Dr. Sütterlin-Waack hebt bei ihrer Einführung in den Bericht die Bedeutung der Ostseekooperation hervor. In einer Zeit nationalistischer und populistischer Bestrebungen und Regierungen sei es wichtig, den Austausch auf den unteren Ebenen zu pflegen und die Kräfte zu stärken, die sich für die Wahrung des Rechtsstaats und die gemeinsamen europäischen Werte einsetzen. Sie mache sich dafür stark, dass das erfolgreiche INTERREG-Ostseeprogramm möglichst wenig verändert werde. Die Fehmarnbelt Days würden im nächsten Frühsommer in Ostholstein mit einem Bürgerfest gefeiert.

Auf eine Frage von Abg. Schnurrbusch erwidert Herr Pfannkuch, Referatsleiter im Europaministerium, die bilaterale Zusammenarbeit mit der Wojewodschaft Pommern sei aus arbeitsökonomischen Gründen zugunsten der multilateralen Zusammenarbeit zurückgegangen.

Abg. Poersch fragt, inwieweit die Filme bei den Dokumentarfilmtagen in Kaliningrad einem behördlichen Genehmigungsvorbehalt unterlägen.

Frau Dr. Williams, stellvertretende Leiterin des Referats Ostseeangelegenheiten im Europaministerium, sagt eine schriftliche Antwort zu. Zum Jubiläum 20 Jahre Partnerschaft mit der Oblast Kaliningrad plane man in der zweiten Hälfte des Jahres 2019 Veranstaltungen und den Besuch des Gouverneurs.

Abg. Waldinger-Thiering weist auf die Bedeutung der Kontakte mit Polen hin und erinnert in diesem Zusammenhang an die Polen-Reise im nächsten Jahr.

Abg. Hamerich problematisiert die Frage, inwieweit man die Verteilung von Fördermitteln der Europäischen Union an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien knüpfen könne.

Ministerin Dr. Sütterlin-Waack hält es für wichtig, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und europäische Werte auch in Gesprächen mit Polen, Ungarn und Rumänen immer wieder zu thematisieren.

Abg. Heinemann regt an, dem Thema Digitalisierung (und E-Health) im nächsten Ostseebericht ein eigenes Kapitel zu widmen.

Der Europaausschuss nimmt den Ostseebericht abschließend zur Kenntnis und wünscht sich, dass europapolitische Themen - auch angesichts der Europawahl im Mai nächsten Jahres - im Landtag diskutiert werden, gern als gesetzter Tagesordnungspunkt.

5. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit erhalten - deutsch-dänische Kooperation weiterentwickeln - europäischen Mehrwert bewahren

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1008](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1013](#)

(überwiesen am 8. November 2018)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/1660](#)

Einstimmig empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag, den interfraktionellen Änderungsantrag, [Umdruck 19/1660](#), mit einer redaktionellen Änderung anzunehmen und die Ursprungsanträge, [Drucksachen 19/1008](#) und [19/1013](#), für erledigt zu erklären.

6. Bundesratsangelegenheiten

hier: „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/84/EG, COM(2018) 639 final; Ratsdok. 12118/18“

Antrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/1601](#)

Ministerin Dr. Sütterlin-Waack teilt mit, dass sich 4,6 Millionen von 511 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union an der öffentlichen Konsultation beteiligt und sich 84 % davon für die Abschaffung der Zeitumstellung ausgesprochen hätten. Eine Neuregelung sei zum Frühjahr 2021 angedacht. Strittig sei die Frage, für welche Zeit man sich entscheide (Sommer- oder Winterzeit). Wichtig seien in diesem Zusammenhang ein möglichst einheitliches Vorgehen und eine enge Abstimmung mit den Nachbarstaaten.

7. Verschiedenes

Die nächste Sitzung des Europaausschusses findet am 9. Januar 2019 statt.

Der Ausschuss bestätigt den Termin seiner Reise nach Südtirol vom 2. bis 6. September 2019.

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, schließt die Sitzung um 12:00 Uhr.

gez. Wolfgang Baasch
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer